

CHRONIK

UNGARN UND DIE BÖHMISCHEN LÄNDER IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

Die Jahrestagung 1994 des Collegium Carolinum war diesmal Ungarn und den böhmischen Ländern gewidmet und setzte damit die Reihe der beziehungsgeschichtlichen Konferenzen fort, in deren Rahmen das Collegium Carolinum vor drei Jahren bereits das Nachbarland Polen behandelt hat. Konzeption und Organisation lagen bei Robert Luft (Collegium Carolinum, München). Das Augenmerk galt neben den beziehungsgeschichtlichen Elementen – insbesondere zwischen Magyaren und Tschechen – vor allem dem gesellschaftlichen und politischen Vergleich der ungarischen und der böhmischen Länder. Dank der zahlreichen Teilnahme tschechischer und ungarischer Wissenschaftler (das slowakische Problem war bewußt ausgeklammert worden) entwickelte sich die Tagung des Collegium Carolinum wie schon in früheren Jahren zu einem lebhaftem Forum, diesmal auch für den tschechisch-ungarischen Diskurs.

Der erste Tagungsabschnitt unter Leitung von Jörg K. Hoensch (Saarbrücken) behandelte die Problematik des gesellschaftlichen und politischen Modernisierungsprozesses. Den Anfang machte András Vári (Budapest) mit einem strukturgeschichtlichen Vergleich des Großgrundbesitzersystems in den ungarischen und böhmischen Ländern zwischen 1790 und 1914. Aufgrund anderer Wirtschaftsformen als in Böhmen entstand in Ungarn mit den Pächtern und Verwaltern eine neue herrschaftsnah soziale Schicht, der jedoch ein weiterer Aufstieg versagt blieb. Vári betonte den Fortbestand von Klientelverhältnissen auf dem Lande nach 1848 und sprach von einem „vorgetäuschten Kapitalismus“ in Ungarn, den der Adel auf seinem Weg zur Moderne praktizierte.

Die Vorträge von Joachim von Puttkamer (Freiburg) und Andreas Reich (Heidelberg) beschäftigten sich mit dem Prozeß der Modernisierung am Beispiel der Schulpolitik in einem asynchronen Vergleich. Während von Puttkamer der ungarischen Schulpolitik vom 19. Jahrhundert bis 1918 nachging, betrachtete Reich die tschechoslowakische Schulgesetzgebung zwischen 1918 und 1938. Beide kamen zu dem Ergebnis, daß Maßnahmen im Bildungswesen häufig im Rahmen von Modernisierungsprozessen wie Säkularisierung, Professionalisierung und Verschulung oder von Zentralisierungsbestrebungen erfolgten, so daß es sich dabei keinesfalls allein um Instrumente der Nationalstaatsbildung und nationalen Homogenisierung in multiethnischen Staaten handelte. Von Puttkamer setzte sich mit der Magyarisierung als Ziel der Schulpolitik auseinander und hob die politische und wirtschaftliche Integration der Minderheiten in die ungarische Staatsnation hervor. Im Rahmen einer Einordnung der ungarischen Schulgesetzgebung in die Nationalismustheorie von Ernest Gellner wies

er darauf hin, daß die einseitige Konzentration auf die Kenntnis der ungarischen Sprache hinsichtlich der Verbesserung des Schulwesens kontraproduktiv gewirkt habe. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß die tatsächliche Umsetzung der ungarischen Schulpolitik vor Ort näher untersucht werden müsse und die Rolle der Kirche zu berücksichtigen sei. Auch Reich sah das Schulwesen im Kontext der Modernisierung und setzte die Entwicklung in der Ersten Tschechoslowakischen Republik in Bezug zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. So stellte er fest, daß der Wettbewerb zwischen Deutschen und Tschechen auf dem Bildungssektor zu einem beiderseits hohen Niveau des Bildungswesens führte, und betonte den Zusammenhang zwischen Schulpolitik und Industrialisierung, weshalb das historisch gewachsene deutsche Übergewicht nicht zwingend als Germanisierung verstanden werden könne, sondern aus den Erfordernissen der konkreten Lebensverhältnisse resultieren konnte. Ebenso dürfe der Abbau von Minderheitenschulen nach 1918 nicht notwendigerweise als Benachteiligung der Nationalitäten aufgefaßt werden, sondern müsse im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Ersten Republik gesehen werden, das bisherige Ungleichgewicht aufzuheben, das vor allem zugunsten der Deutschen bestanden hatte. Da die Schulpolitik jedoch stark von nationalen Aspekten bestimmt wurde und jede Gruppe andere Bezugsgrößen (Lehrerzahl pro Klasse, Schüler pro Nationalität etc.) verwendete, sei es sehr schwierig, zwischen den Aussagen der Regierung und den Klagen der Deutschen eine dritte, distanzierte Ebene zu finden.

Unter Leitung von Bedrich Loewenstein (Kronach/Berlin) begann der zweite Tagungsabschnitt mit einem Vortrag von Milan Šmerda (Brünn) über die Entstehung des tschechischen und des magyrischen politischen Programms in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, über den Austroslawismus und den Austrohungarismus. Während man den Austroslawismus als eine kleinbürgerliche Strömung bezeichnen kann, die auf die Umgestaltung der Habsburgermonarchie ausgerichtet war und aus wirtschaftlichen Interessen entstand, war der Austrohungarismus vom Adel getragen und geprägt. Es handelte sich dabei nicht um eine „nationale Wiedergeburt“ wie in den böhmischen Ländern, sondern lediglich um eine sprachlich-ethnische Modernisierung. Liberalismus und Konstitutionalisierung wurden so als Waffe gegen das Herrscherhaus funktionalisiert, woraus zwangsläufig Konflikte mit den Minderheiten erwuchsen. Obwohl Austroslawismus wie Austrohungarismus auf den Erhalt der Habsburgermonarchie ausgerichtet blieben, waren sie aufgrund unterschiedlicher sozialer und ideeller Ausrichtungen nicht miteinander zu verbinden.

Kulturellen Erscheinungen waren die beiden nachfolgenden Vorträge gewidmet. Csaba Gy. Kiss (Budapest) setzte sich als Literaturhistoriker mit den nationalen Bildern in den Hymnen der mitteleuropäischen Völker auseinander. In seiner vergleichenden Analyse hob er hervor, daß Hymnen im Nationswerdungsprozeß insofern von zentraler Bedeutung sind, als durch sie die Einheit der Sprache manifestiert wird und somit der Eindruck einer ethnischen Homogenität entsteht, andererseits nationale Topoi festgeschrieben werden. Dabei unterschied er zwischen idyllischen Heimatbildern und kämpferisch-stürmischen Nationsvorstellungen. In der Diskussion wurde im Vergleich mit Hymnen anderer europäischer Völker kritisiert, daß die Abgrenzung und Typologisierung der mitteleuropäischen Hymnen nicht klar genug

vorgenommen worden sei. Den ersten Tag beschloß die Kunsthistorikerin Ilona Sármany-Parsons (Wien) mit einem Vortrag über „Das Phänomen der ‚Femme fatale‘ in der Großstadtkultur von Prag und Budapest um 1900“. Trotz paralleler Einflüsse aus der übergeordneten Metropole Wien und aus dem Westen ergab ihr Vergleich, daß das Frauenbild in beiden europäischen Großstädten unterschiedlich war. In Prag herrschten vom Symbolismus geprägte, dämonisierende Vorstellungen vor, die in der rothaarigen „Femme fatale“ ihren Höhepunkt fanden, während die Frauen in der Kunst Budapests bieder und „ungefährlich“ erscheinen. Obwohl die soziale Lage der Frauen in Budapest wesentlich schlechter gewesen sei, wurden sie in der Kunst positiver und idealisierter dargestellt. Dies erklärte Sármany-Parsons unter Einbeziehung der literarischen Entwicklungen damit, daß in Prag im Zuge der „nationalen Wiedergeburt“ und der nationalen Auseinandersetzungen die Kultur einen bedeutend höheren gesellschaftlichen und politischen Stellenwert erhalten habe, so daß Frauen nicht nur in den ihnen zugestandenen Rollen als Salon-Gastgeberin und Muse, sondern auch als Künstlerinnen wirken konnten, während in der ungarischen Hauptstadt die Frau allein als Förderin, nicht aber als zu fördernde Künstlerin akzeptiert war. Sármany-Parsons schloß ihren Vortrag mit dem Satz: „In Prag herrschte um 1900 die *Femme fatale*, in Budapest der *Homme fatal*“.

Der dritte Themenblock unter Leitung von Zoltán Szász (Budapest) war den wechselseitigen Beziehungen zwischen den Ländern der Wenzels- und der Stephanskronen in der Zeit des Neoabsolutismus und Dualismus gewidmet. Gábor Benedek (Budapest) sprach über die böhmischen Beamten, die in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts nach Ungarn versetzt wurden, die sogenannten Bach-Husaren. Er entschärfte dieses für die ungarisch-tschechischen Beziehungen brisante Thema insofern, als er anhand der Untersuchungen über das Personal der Komitatsbehörden zeigen konnte, daß die Dominanz der böhmischen Beamten deutscher wie tschechischer Herkunft nicht so groß war, wie es in der Literatur bislang vermittelt wird. Darüber hinaus wurden diese zumeist in slowakischen und südslawischen Komitaten eingesetzt, so daß im magyarischen Kerngebiet der Neoabsolutismus von Ungarn durchgeführt wurde.

Lothar Höbelt (Wien) beleuchtete die Gründe für das Gelingen des Ausgleichs mit Ungarn und für das Scheitern des Ausgleichs mit Böhmen während der Phase 1860 bis 1872. Den Erfolg der Ungarn und das Scheitern von Tschechen und böhmischem Adel führte er u. a. auf wirtschaftliche und außenpolitische Faktoren zurück. Da die böhmischen Länder einen maßgeblichen Teil des Steueraufkommens bestritten und sehr viel enger in die Verwaltungsstruktur der Monarchie eingebunden waren, konnte Wien nicht daran interessiert sein, ihnen Autonomie zu gewähren. Ungarns Steuerleistung war dagegen bedeutend geringer, und es gab stets hohe Steuerrückstände. Weiterhin setzte er die außenpolitischen Niederlagen der Habsburgermonarchie in direkten Bezug zu den Konzessionen Wiens an die einzelnen Interessengruppen: Solferino 1859 habe die Wiedereinführung konstitutioneller Verhältnisse bewirkt, Königgrätz 1866 Ungarn den Dualismus gebracht, während es Böhmens Unglück war, daß sich Österreich 1870/71 aus dem deutsch-französischen Konflikt heraushielt. László Szarka (Budapest) rundete diesen Themenblock mit seinem Vortrag über

die tschechisch-slowakische Einheitsbewegung und die ungarische Regierung im Zeitalter des Dualismus ab. Er betonte insbesondere, daß die slowakische Bewegung von ungarischer Seite nie so ernst genommen worden war wie beispielsweise die rumänische oder die serbische. Außerdem seien panslawische Bestrebungen seitens der Tschechen und Slowaken immer als Annäherung an Rußland interpretiert und daher abgelehnt worden. Andererseits gab es einzelne Ungarn, die eine Slowakisierung gegenüber der von der „Československá jednota“ angestrebten Tschechisierung slowakischer Komitate befürworteten. In einem ergänzenden Beitrag betonte Dušan Uhlíř (Brünn/Troppau), daß nicht nur die positiven Seiten der ungarisch-tschechischen Beziehungen gesehen werden dürften, sondern gerade auch die negativen, zu denen die Haftzeiten von Ungarn in mährischen Gefängnissen oder die ungarischen Truppen in Prag am Ende des Jahres 1918 zählten. Zudem sei die Position der Ungarn in Wien stets erfolgreicher gewesen, nachdem sie die Revolution von 1848 konsequent durchgeföhchten hatten, was bei den Tschechen wiederum zu wachsender Verdrossenheit und Antipathie geföhrt habe.

Im letzten Tagungsabschnitt, unter Leitung von Manfred Alexander (Köln), blieb deshalb ausreichend Zeit, die Entwicklungen nach 1945 zu vergleichen. Ágnes Tóth (Kecskemét) thematisierte in ihrem Vortrag die Diskussion über das Prinzip der Kollektivschuld und die Aussiedlung der Ungarndeutschen nach 1945. Hatte es sich bei der Vertreibung um einen Zwang oder eine Option für die ungarische Regierung gehandelt? Sie zeichnete Geschichte, Umstände und die außenpolitischen Zusammenhänge der Aussiedlung der ca. 200 000 Ungarndeutschen nach, die überwiegend in der amerikanischen Zone angesiedelt wurden, und arbeitete Unterschiede zur polnischen und tschechoslowakischen Vertreibungspolitik heraus. In der Diskussion wurde der Vortrag, der auf den Protokollen des Ministerrats und von Parteigremien sowie auf Presseberichten beruhte, als ein Markstein der ungarischen Geschichtswissenschaft bezeichnet, da erstmals anhand von Akten die Behauptung widerlegt sei, Ungarn sei zur Vertreibung gezwungen worden.

Eva Irmanová (Prag) behandelte den „Kádárismus“ und seine Etappen als längste Phase der kommunistischen Herrschaft in Ungarn, ging aber entgegen ihrer Ankündigung nicht auf einen Vergleich der Bedingungen und Entwicklungen in Ungarn 1956 und in der ČSSR 1968 ein. Bei der Einordnung dieses Herrschaftsmodells in gängige Totalitarismustheorien kam sie zu dem Schluß, daß es sich um ein autoritäres System mit totalitären Elementen gehandelt habe. Die Wirtschaftsreformen charakterisierte sie als ein systemstabilisierendes Element ohne jegliche Perspektive auf eine Marktwirtschaft. András B. Hegedüs (Budapest) setzte die ungarische Revolution von 1956 in einen ostmitteleuropäischen Zusammenhang und zeigte ihre Wirkungen für das tschechisch-ungarische Verhältnis bis heute auf. Unklar sei, warum Moskau sich in den fünfziger Jahren entschlossen habe, in zwei Gebieten seines Machtbereiches, Ungarn und der DDR, Reformen einzuleiten bzw. zuzulassen. Da sich damals in Prag keine Initiative für eine Veränderung abzeichnete, sondern im Gegenteil der Kurs verhärtete, seien die Entwicklungen in Ungarn und der Tschechoslowakei auseinanderge laufen. Über die Stationen 1968 und 1977/78 – die Initiative der Prager Charta-Bewegung, die nach Ungarn ausstrahlte – flossen die oppositionellen Stränge beider

Länder erst 1989 wieder zusammen. Er bezeichnete diese Entwicklung resümierend als „parallel ungleichzeitig“.

Da die Zwischenkriegszeit hatte übersprungen werden müssen, aber aufgrund der staatlichen Eigenständigkeit von Tschechen und Magyaren eine zentrale Epoche darstellt, drehte sich die von Ferdinand Seibt (München) geleitete Abschlusdiskussion in erster Linie um diesen Zeitabschnitt. Von mehreren Seiten wurde hervorgehoben, daß auch die problematische Phase der ungarisch-tschechischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit liege, da sich Ungarn 1918 auf der Seite der Besiegten (der sogenannte Trianon-Komplex), die böhmischen Länder sich auf der Seite der Sieger befanden, pointiert wurde von einer Zeit der „Nichtbeziehungen“ und einer „unangenehmen Nachbarschaft“ gesprochen. Nach 1945 sei es dann wieder eher zu einer Parallelisierung und Entspannung zwischen beiden Ländern gekommen. Hin gewiesen wurde auch auf unterschiedliche politische Traditionen und die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen. Während der gesamten Tagung wie in der Schlußdiskussion schillerte immer wieder die Mitteleuropa-Diskussion der achtziger Jahre durch, die von tschechischer und ungarischer Seite unterschiedlich geführt wurde und wird.

Insgesamt war die lebhaftige Tagung ein voller Erfolg, zumal ein Vergleich zwischen Ungarn und den böhmischen Ländern bislang in Deutschland kaum erörtert worden war. Da die meisten Referentinnen und Referenten entweder beziehungs geschichtliche Fragen behandelten oder komparative Studien vorstellten, war es anregend, die unterschiedlichen methodischen Ansätze zu vergleichen. Die Ergebnisse werden in der Reihe „Bad Wiesseer Tagungen“ vom Collegium Carolinum veröffentlicht werden.